



16. 05. 2018
Nr.: 156/2018

Martin Habersaat

Rückkehr zu G9 könnte 83 Millionen Euro kosten

Zu den Kosten für die Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren an den Gymnasien sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

In Artikel 57 der Landesverfassung ist das Konnexitätsprinzip verankert: Verpflichtet das Land die Kommunen zu Ausgaben, muss es auch für die Kostendeckung sorgen. Die Landesregierung hat zugesichert, für einen reibungslosen Ablauf der Umstellung des gymnasialen Bildungsgangs von G8 nach G9 zu sorgen. Es ist gut, dass es diese Zusicherung gibt. Weniger gut ist, dass ein Mehrbelastungsausgleich für etwaige festgestellte Mehraufwendungen erst ab dem Jahr 2023, also von der nächsten Landesregierung, geleistet werden soll.

Einen zusätzlichen 13. Jahrgang mit komplett auszustattenden Klassen-, Fach- und Aufenthaltsräumen werden die Gymnasien erst in acht Jahren wieder einrichten müssen. Die ersten Mehrkosten erwarten die Schulträger schon im kommenden Schuljahr, wenn mehr Schülerinnen und Schüler an die Gymnasien kommen als zuletzt. Kommen jetzt jedes Jahr die 500-600 Schülerinnen und Schüler mehr an die Gymnasien wie dieses Jahr im August, reden wir von 4.000 – 5.000 zusätzlichen Gymnasiasten in den Klassen 5 – 12. Und dann kommt der 13. Jahrgang oben drauf. Es braucht Klassenräume, Fachräume, Schulbücher, Schulmöbel etc.

Was wird das alles kosten? Darauf gibt jetzt ein Gutachten aus Nordrhein-Westfalen einen Hinweis. Das Wuppertaler Institut für bildungsökonomische Forschung errechnete im Auftrag der schwarz-gelben Landesregierung einen Bedarf von deutlich über 500 Millionen Euro. Nun hat Nordrhein-Westfalen knapp 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, Schleswig-Holstein knapp drei. Macht für Schleswig-Holstein ca. 83 Millionen Euro für die Finanzierung des Wahlkampf-Coups von Daniel Günther und Karin Prien.

Link zum Gutachten:

https://www.wib.uni-wuppertal.de/fileadmin/wib/documents/publications/Bericht_G9_Schneider_Makles_Klemm_final.pdf

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de